

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÜR MIGRATION UND INTEGRATION IM WANDEL

Vorbemerkung

Als ich im Sommer dieses Jahres für einen Auftaktbeitrag zu dieser Landeskonferenz eingeladen wurde, schien die Sache einfach. Ich sollte würdige, anerkennende Worte für das integrationspolitische Engagement in Sachsen-Anhalt finden und möglichst mutmachende Anregungen für die Weiterarbeit geben. Dies schien mir vergleichsweise einfach, war ich doch einige Male dabei, wenn es um die Integrationspolitik des Landes und der Kommunen gegangen ist. Bei solchen Gelegenheiten konnte ich meist selbst mehr lernen als umgekehrt. Personen, Organisationen und Netzwerke, wie die Lagfa und Lamsa, die Integrationsbeauftragte des Landes, die Freiwilligenagentur hier in Halle oder die Stiftung Bürger für Bürger waren fachlich nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern ihr auch in einigen Projekten voraus. Ich erinnere nur an solche innovativen Impulse wie

- die Öffnung der Freiwilligendienste für Migrantinnen und Migranten,
- den Fonds „Jugendstil“, der migrantische Jugendinitiativen in Ostdeutschland unterstützt und sichtbar macht,
- dem Projekt „Ukrainehilfe vernetzen - Austausch und Kooperation fördern“
- oder die Impulse, die in das Landesintegrationskonzept Eingang gefunden haben.

Gemeinsam ist diesen innovativen Projekten, dass sie von mehreren Akteuren und Netzwerken getragen werden und meist auch staatliche Unterstützung erfahren. In der Regel handelt es sich um befristete Projektmittel - mit offenem Ende, wie es danach weitergeht. Wenn ich heute etwas Wasser in den Wein der Anerkennung gießen muss, liegt das nicht an der hier geleisteten Arbeit, sondern an einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, dessen Umriss wir noch gar nicht absehen können, der aber vermutlich massive Auswirkungen auf unser gemeinsames Engagement im Themenfeld Migration und Integration haben wird. Die Ereignisse der letzten Woche (Donald Trumps Wahlsieg, der Zerfall der Ampel-Regierung) verdeutlichen und beschleunigen diesen Wandel, der seit einiger Zeit unter dem Etikett „Vielfachkrise“ oder „Polykrise“ diskutiert wird. Gemeint sind unterschiedliche Krisen (Artensterben, Klimawandel, Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine etc.), die sich zeitlich überlagern und wechselseitig verstärken können. Zu Beginn meines kurzen Beitrags möchte ich ein paar Worte zu diesen Umbrüchen sagen und damit einen Rahmen abstecken, in dem wir zivilgesellschaftliches Engagement für Migration und Integration heute sehen müssen. Die Erfolgsgeschichte dieses Engagements wird jedoch im Mittelpunkt stehen. Am Ende werde ich auf mögliche Konsequenzen hinweisen, die mit Blick auf den beschleunigten gesellschaftlichen Wandel unserer Tage naheliegen.

1. Die Migrationsdebatte ist außer Kontrolle

Die Migrationsdebatte der letzten Monate ist außer Kontrolle geraten. Wir erleben einen Wettbewerb in Sachen Härte und Schäbigkeit, an dem sich auch die Parteien der politischen Mitte beteiligen. Es geht scheinbar nur noch um Grenzkontrollen, Zurückweisungen, Abschiebungen und Leistungskürzungen - sei es im Asylbewerberleistungsgesetz oder bei den Integrationskursen. Damit verschieben sie die politische Agenda nach rechts und erschweren die Integration von Migrant*innen. Dies ist aus meiner Sicht unverantwortlich, weil

- die Fokussierung auf Migration die realitätsferne rechtspopulistische Rhetorik stärkt, „irreguläre“ Zuwanderung sei die „Mutter aller Probleme“,
- Migrant*innen zu Sündenböcken für alles werden, was gesellschaftlich schief läuft,
- damit die „Selbstvergiftung der Zivilgesellschaft“ befördert wird. Die abwertende, diskriminierende und gewalttätige Ausgrenzung von Geflüchteten durch Teile der Bevölkerung erscheint zunehmend als „normal“ und als legitime Problemanzeige.

Im Ergebnis entsteht eine „Unwillkommenskultur“ (SZ, 18.10.2024), zu der nicht nur rechtspopulistische Akteure, sondern Akteure auf allen politischen Ebenen bis hin zur EU beitragen.

Gerade für Ostdeutschland häufen sich negative Prognosen: „Aktuelle politische Krisen wie der Krieg in der Ukraine mit seinen ökonomischen Auswirkungen auf die Verbraucherpreise in Deutschland, anhaltend hohe Zugangszahlen von Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden sowie ein weit verbreitetes Misstrauen gegen die als elitär empfundene Bundespolitik werden sich wohl auch in den kommenden Jahren auf das politische Klima in Ostdeutschland auswirken und damit die Handlungsspielräume einer teilhabeorientierten Integrationspolitik begrenzen“ (Glorius 2024: 16). Die Wahlerfolge von AfD und BSW bei den Landtagswahlen in diesem Jahr scheinen diese Entwicklung zu bestätigen.

Die aktuell zu diskutierende Frage lautet: Lassen sich ähnliche Tendenzen auch in Sachsen-Anhalt und auf kommunaler Ebene beobachten? Können sich Länder und Kommunen von diesem Trend abkoppeln und ihre Praxis der Willkommenskultur sichern und stärken?

2. „Trump ist überall: Die populistische Revolution erschüttert den Westen“

(Neue Zürcher Zeitung vom 8.11.2024)

Vielfachkrisen verunsichern, lösen Ängste aus und erschüttern das Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit. Dies sind günstige Voraussetzungen für rechtspopulistische Unternehmer, die das anschwellende Angstreservoir in der Bevölkerung nutzen und zusätzlich auffüllen. Gleichzeitig bieten sie sich als tatkräftige Problemlöser an, wenn sie nur ungehindert von Gewaltenteilung und demokratischen Kontrollen autoritär „im Namen des Volkes“ regieren können. Im Zentrum rechtspopulistischer Ermächtigungsangebote steht in der Regel ein „Retrotopia“,

ein rückwärtsgewandte Utopie. Sie verspricht die Sicherheiten vergangener Zeiten, die es so nie gab. Dieses Zurück zu alten „Normalitäten“ - bei der AfD z.B. zur Kernenergie, zum Verbrennermotor, zur Kleinfamilie, zu einer Zeit ohne Klimawandel ohne Kinderrechte und vor allem ohne Migration - soll die Ängste der Gegenwart erträglicher machen. Das erfolgreiche Wahlversprechen „Make America Great Again“ (MAGA) ist zum Prototyp rechtspopulistischer Politikmobilisierung geworden. Trumps Wahlerfolg wird weltweit für einen weiteren Aufschwung rechtspopulistischer Politik sorgen.

Die Fiktion eines Retrotopia kann nur durch Feinderklärungen, Gewalt und Ausgrenzung aufrechterhalten werden. Alles, was über den Horizont einer fiktiven Vergangenheit hinausreicht, muss rückabgewickelt werden. Die Rückkehr in eine fiktive Vergangenheit geht mit der Verachtung des bestehenden politischen Systems und seiner demokratischen Prozesse einher. Der Griff in die politische Mottenkiste holt bevorzugt das Freund/Feind-Denken und ein längst überwunden geglaubtes völkisches Politikverständnis hervor - FPÖ-Chef Krickl hat sich z.B. bei den letzten landesweiten Wahlen in Österreich als „Volkskanzler“ inszeniert und den Nazi-Sprech ohne Scham übernommen. Um das Unbehagen an der gegenwärtigen Situation zu kurieren, versprechen Rechtspopulist*innen die Revision von ökonomischen Globalisierungsprozessen durch Schutzzölle zugunsten heimischer Produzenten und andere Marktbeschränkungen. Migration und Fluchtbewegungen sind auch deshalb zu einem zentralen Thema rechtspopulistischer Mobilisierungen geworden. Am deutlichsten wird dies in der Forderung nach „Remigration“, die in der ersten Hälfte des Jahres 2024 Millionen von Menschen in Deutschland auf die Straße gebracht haben. Migrations- und integrationsfeindliche Parteien und Bündnisse haben nach den letzten Wahlen in Ostdeutschland auf Landes- und auf kommunaler Ebene zunehmend politischen Einfluss gewinnen können. Wenn es für sie zu Mehrheiten reicht, werden sie viele integrationspolitische Initiativen abräumen und den Geldhahn schließen. Gegenwärtig sind sie vor allem dadurch erfolgreich, dass sie Zuwanderung mit negativen Zuschreibungen ins Zentrum der politischen Debatten schieben konnten.

3. Aktuelle Daten zu Migration, Zuwanderung und „irregulärer“ Migration

Auch wenn rechtspopulistische Akteure ihre eigenen Erzählungen bevorzugen, ist es wichtig, sich mit der aktuellen Lage faktenbasiert auseinanderzusetzen und öffentlich zu widersprechen. Die Zahlen zur sogenannten irregulären Migration geben keine Bestätigung für den Panikmodus der öffentlichen Debatten. Die Anzahl der Asylerstanträge ist nach einer vorübergehenden Spitze (2023 - 350 Tsd.) wieder rückläufig (2024 - 218 Tsd. bis einschließlich Okt.) und sie haben nie mehr das Niveau von 2015/16 erreicht (2015 - 477 Tsd.; 2016 - 745 Tsd.). In diesem Jahr haben nach Zahlen des bamf bis Oktober in Sachsen-Anhalt 6.280 Menschen Asylanträge gestellt (in NRW waren es im gleichen Zeitraum über 40 Tsd.). Dies ist ein Rückgang der Asylanträge gegenüber dem Vorjahr um 25 %. Die Schutzquote lag bundesweit im Durchschnitt bei 45 %, in Sachsen-Anhalt bei 55 %.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 4,7 Monate. Die „irreguläre“ Migration – Ausreisepflichtige und Geduldete – ist von 2015 bis 2022 von rund 200 Tsd. auf rund 300 Tsd. Menschen angestiegen. Rund Vierfünftel von ihnen sind Geduldete, das heißt sie haben einen legalen Aufenthaltstitel (Bamf 2024: 55)

Ausreisepflichtig waren 2024 nur 6.840 Menschen (Anfrage Clara Bünger, Die Linke). Die Zahl der Abschiebungen wurde 2024 um 20 % erhöht. Abschiebungen scheitern nicht in erster Linie am Widerstand der Betroffenen. In 9 von 10 Fällen fehlt es an der Kooperation der Zielländer. Menschenrechtsvorbehalte spielten bei Abschiebungen nach Griechenland (100 %) und Italien (66 %) eine wichtige Rolle. An der Grenze wird gegenwärtig die Hälfte der Aufgegriffenen zurückgewiesen. Es geht dabei den geplanten Kürzungen im Asylbewerberleistungsgesetz nicht zuletzt darum, diese Menschen zur Ausreise zu bewegen.

Ohne die Herausforderungen zu leugnen, die vor allem für die Integrationsarbeit der Kommunen mit anhaltender Zuwanderung verbunden sind, gibt es keinen Grund zur Panik. Von einer unkontrollierten Massenzuwanderung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes bedroht, kann angesichts dieser Daten keine Rede sein.

Dies zeigen auch aktuelle Befunde einer Onlinebefragung zur Situation in den Kommunen. Nur 5 % der befragten Kommunen sind demnach im „Notfallmodus“ bei der Unterbringung von Geflüchteten, ein Drittel spricht von einem Krisenmodus, 47 % sehen die Situation als herausfordernd, aber machbar (Gesemann/Freudenberg 2024).

4. Der „Demografie-Schock“

(Süddeutsche Zeitung vom 9./10. Nov. 2024)

Dass mit Zuwanderung nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen verbunden sind, sollte ich inzwischen herumgesprochen haben. Wenn Deutschland sein Wohlstandsniveau halten will, ist das Land auf Zuwanderung angewiesen. Die Fachöffentlichkeit ist sich darin einig: „Deutschland ist in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen. Düstere Schrumpfungsprognosen sind nicht eingetreten, da sich die Bundesrepublik zu einem wichtigen Ziel der internationalen Zuwanderung entwickelt hat“ (Leibert 2024). Durch die Zuwanderung von Geflüchteten (um 2015 und nach 2022) hat sich der Anteil von Ausländer*innen besonders in Regionen mit einem vormals geringen Anteil erheblich gesteigert. Das gilt besonders für die ländlich geprägten Regionen Ostdeutschlands. Im Jahr 2017 lebte die Hälfte aller anerkannten Geflüchteten in ländlichen Regionen. Trotz aller Wegzüge waren es 2020 sind es immerhin noch 36 %. In einigen Regionen wurde Zuwanderung zum „game changer“, aber gerade im ländlichen Ostdeutschland konnte Zuwanderung die Bevölkerungsverluste nur abfedern. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung von 2019-2021 zeigt sich, Kreise und kreisfreie Städte in Sachsen-Anhalt gehören zum Typ 5: die Sterbeüberschüsse übersteigen die Wanderungsgewinne, also sinken die Bevölkerungszahlen. In Regionen vom Typ 1 gibt es dagegen Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne (Leibert 2024: 4).

Die Prognosen für die künftige Entwicklung (ohne verstärkte Zuwanderung) fallen düster aus. Ein Drittel der Arbeitskräfte scheidet in den nächsten 15 Jahren aus dem Arbeitsmarkt. In der Mehrzahl der Landkreise in Sachsen, im südlichen Brandenburg und in Sachsen-Anhalt kommen aktuell nur 100 Geburten auf 200 Sterbefälle. „Ein wichtiger Grund für den Geburtenrückgang ist die bevölkerungsstrukturell bedingte, sinkende Zahl der Frauen zwischen Ende 20 und Ende 30, also derjenigen Altersgruppe, in der in Deutschland die meisten Frauen ihre Kinder bekommen. Von diesem Rückgang besonders stark betroffen sind die ostdeutschen Flächenländer“ (Leibert 2024: 7).

Für die nächsten Jahre ist eine weitere Polarisierung der Bevölkerungsentwicklung zu erwarten. Attraktive Regionen können mit weiterer Binnen- und internationaler Zuwanderung rechnen, während schrumpfende Regionen weiter mit Bevölkerungsverlusten rechnen müssen. Die sozialen Folgen dieses Trends sind erheblich. So führt „der demografische Wandel insbesondere in strukturschwachen, schrumpfenden und peripherisierten Regionen zu Fachkräftemangel, sinkendem Arbeitskräfteangebot und Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung Hiervon besonders betroffen sind die private und öffentliche Infrastruktur, was Versorgungsengpässe verursachen kann und die Lebensqualität der Bevölkerung negativ beeinflusst“ (Leibert 2024: 8).

Es ist sicherlich nicht übertrieben, von einem massiven Demographieproblem in Ostdeutschland zu sprechen: in dynamisch alternden Arbeitsmärkten fehlt der Nachwuchs, der die perspektivisch freiwerdenden Stellen besetzen könnte. Dies machen Zahlen aus Sachsen-Anhalt deutlich. Zwischen 2008 und 2022 ist die Zahl der unter 30-Jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt um 23,9 % zurückgegangen (Leibert 2024: 10).

5. Zuwanderung aus dem Ausland oder völkische Selbstbeschädigung?

Es ist nicht zu erwarten, dass eine drastisch verlängerte Lebensarbeitszeit die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt deutlich verringern wird. Auch wenn sich die Modellrechnungen im Detail unterscheiden und mit Unwägbarkeiten verbunden sind, könnte in den nächsten Jahrzehnten nur eine Nettozuwanderung aus dem Ausland von 300.000 – 500.000 Tausend Personen jährlich die demografische Lücke schließen (Leibert 2024: 12; wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima laut Süddeutscher Zeitung vom 9./10 Nov. 2024).

Die Zahlen liegen deutlich über denen der aktuellen Fluchtmigration. Da die Situation in vielen westeuropäischen Ländern ähnlich ist, ist zudem mit verstärkter Konkurrenz um die Zuwanderung von Migranten zu rechnen. Selbst wenn es gelänge, durch Zuwanderung die Gesamtbevölkerung konstant zu halten, muss dies keine Entspannung für die ländlich geprägten Regionen Ostdeutschlands bedeuten. Vermutlich käme es eher zu verstärkten regionalen Disparitäten, weil wirtschaftsstarke Ballungsräume für berufsbedingte Zuwanderung attraktiver sind.

Nicht zu unterschätzen sind auch die ideologischen Barrieren gegen „Überfremdung“, die von politischen Parteien wie der AfD in Ostdeutschland erfolgreich bewirtschaftet werden. Eine Thüringen-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass rund ein Viertel der Befragten Zuwanderung auch dann ablehnt, wenn die Wirtschaft auf Zuwanderung angewiesen ist. In ländlichen Regionen ist es sogar ein Drittel. „Das Thüringen-Paradox lautet also: Je größer der objektive Zuwanderungsbedarf in den Landkreisen Thüringens, desto höher der Anteil an Menschen und Wahlbürgern mit einer zuwanderungskritischen bis fremdenfeindlichen Einstellung und desto weniger ist davon auszugehen, dass sich Menschen aus dem Ausland, hauptsächlich die mit einer anderen Hautfarbe, hier wohlfühlen und bleiben wollen“ (André et al. 2020: 22). Leibert spricht in diesem Zusammenhang von einem „demographisch-demagogischen Teufelskreis“: „Zuwanderungsgegner*innen sind bereit, die ökonomischen Kosten einer zurückgehenden Bevölkerung zu akzeptieren, um das Erbe von Tradition, Kultur und regionaler Identität zu bewahren. Dabei verkennen sie aber, dass gerade dieses Erbe durch Bevölkerungsrückgang, Nachwuchsmangel und Abwanderung massiv gefährdet ist, wohingegen Zuwanderung schrumpfenden Landstrichen ‚neues Leben einhauchen‘ und so zu einer Bewahrung ebendieses kulturellen Erbes beitragen kann“ (Leibert 2024: 13). Zu diesem Teufelskreis tragen auch die geringen alltäglichen Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen bei. Während Alltagsrassismus im ländlichen Raum eine erhebliche Rolle spielt, tragen alltägliche Kontakte in größeren Städten mit migrationsbedingter Vielfalt zu positiven Einstellungen gegenüber Zugewanderten bei (71 %) - dies gilt auch für ostdeutsche Städte (61 %) (Schönwälder/Petermann 2024)[1].

Der gängige Einwand gegen „irreguläre“ bzw. Fluchtzuwanderung, es kämen ja die „Falschen“, vernachlässigt nicht nur das „Thüringen-Paradox“. Auch die „Richtigen“ können nicht unbedingt mit einer Willkommenskultur rechnen (vgl. Roth 2024). Angesichts der internationalen Konkurrenz um Fachkräfte dürfte es allemal sinnvoll sein, in die Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten unabhängig von ihrem rechtlichen Status zu investieren und eine lokale Willkommenskultur zu schaffen.

6. Bausteine lokaler Willkommenskulturen

Ein menschenrechtsgemäßer und humanitärer Umgang mit den anwachsenden globalen Migrations- und Fluchtbewegungen ist von zahlreichen Akteuren und Behörden auf allen politischen Ebenen abhängig. Für Deutschland sind dies besonders die Europäische Union, die nationale Innen- und Sicherheitspolitik, das bundesweit zuständige Bundesamt für Migration und Flucht (bamf), aber auch die Länderregierungen und die Kommunen.

[1] Dazu einige Daten aus Sachsen-Anhalt. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit am Wohnort: unter 10.000 Einw. 2,2 bzw. 2,1 %, über 100.000: 10,1 %; durchschnittlich 5,6 %.; am Arbeitsort: unter 10.000 Einw. 6,5 %, über 100.000: 6,7 %; durchschn. 6,3 % (Leibert 2024: 19).

Nachfolgend konzentriere ich mich dennoch auf die kommunale Ebene, auch weil sie wesentliche Integrationsleistungen erbringt. Schon seit mehr als zwei Jahrzehnten ist bekannt, wie lokale Integrationspolitik gelingen kann. Programmatisch haben die Kommunalen Spitzenverbände bereits im ersten Nationalen Aktionsplan (2007) ihren Mitgliedskommunen ein Zehn-Punkte-Konzept an die Hand gegeben, das die gesamte örtliche Gemeinschaft einschließt. Einige Merkmale aus den vergangenen Jahren und aus jüngster Zeit mögen genügen.

Die Zivilgesellschaft kann und prägt Integration – zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements

„Die Globalisierung klopft an unsere Tür“ – dieses Bild wurde im zweiten Halbjahr 2015 oft bemüht, als Hunderttausende von fliehenden Menschen aus fernen Weltregionen nach Deutschland kamen. Regionale Kriege, Unterentwicklung, eine ungerechte Weltordnung, wachsende ökonomische Ungleichheiten, eine Häufung der von Menschen gemachten ökologischen Desaster sind wesentliche Ursachen für die weltweit verstärkten Fluchtbewegungen, die bereits 2012 einsetzten. Die überraschend große Zahl von Geflüchteten, die im Sommer und Herbst 2015 vorübergehend die Chance hatte, nach Deutschland zu kommen, löste eine Welle von Hilfsbereitschaft aus. Auch wenn die empirischen Befunde uneinheitlich sind, ist davon auszugehen, dass sich nach einer mittleren Schätzung mehr als 40 % der Bevölkerung in der einen oder anderen Form in diesen Jahren für Geflüchtete engagiert hat. Im Umfeld von Sammelunterkünften war der Anteil noch deutlich größer. Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Flüchtlingsaufnahme und bei der Integration vor Ort war in den Kommunen schon früh unstrittig: „Ein großer Teil der Arbeit wurde und wird von engagierten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern geleistet. Ohne dieses Engagement wäre nicht nur vieles in der ersten Phase der Aufnahme der Menschen nicht machbar gewesen, sondern dieses Engagement wird auch in der vor uns liegenden Zeit für eine zügige und gelingende Integration gebraucht.“ (Deutscher Städtetag 2016, S. 5) Die überragende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in der Fluchtzuwanderung wird auch in weiteren Studien bestätigt (Mayer 2020). Was als „Stunde des bürgerschaftlichen Engagements“ begann, entwickelte einige Prägekraft. Flüchtlingshilfe wurde zu einem neuen Engagementfeld der Zivilgesellschaft (Zajak/Gottschalk 2018). Die „Flüchtlingskrise“ löste nicht nur eine breite Nothilfe in der Bevölkerung im Sinne von Erstversorgung, Essen und Unterkunft aus, sondern es waren vor allem zivilgesellschaftliche Akteure, die innovative Impulse für eine integrative Flüchtlingsarbeit gegeben und in den letzten Jahren weiterentwickelt haben. Zivilgesellschaftliche Akteure haben auf mehreren Ebenen dazu beigetragen, die gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit in diesem Handlungsfeld zu stärken:

- Zivilgesellschaftliche Leitbilder.

Mit den Willkommensinitiativen hat sich eine lokal sehr vielfältige und mehr oder weniger dauerhafte Projekteszene mit Ansätzen von Selbstorganisation und Empowerment von Geflüchteten ausgebildet, die Einfluss auf die lokale Flüchtlings- und Asylpolitik ausübt.

Gleiche Augenhöhe, interkulturelle Begegnung, Partizipation und Engagement sind zu Leitbildern geworden, die ihren zivilgesellschaftlichen Ursprung nicht verleugnen können - unabhängig davon, wie weit sie im Alltag auch umgesetzt werden.

- „Local Turn“.

Das zivilgesellschaftliche Engagement konnte mit lokal sehr unterschiedlich ausgeprägten Netzwerken Einfluss auf die kommunalpolitische Praxis in diesem Feld gewinnen. Das Profil, die Stabilität und die Wirksamkeit dieser zivilgesellschaftlichen Netzwerke variiert erheblich. Oft bestimmen nach einiger Zeit die institutionellen und professionellen Akteure im Verbund mit der etablierten Kommunalpolitik die Agenda einer Mehrzahl der Netzwerke. An anderen Orten konnten sich kooperative Netzwerke mit einer starken zivilgesellschaftlichen Stimme unter Einschluss von Migrant*innenorganisationen und Geflüchteten etablieren. Bürgerschaftliches Engagement ist zu einer wichtigen Ressource und die Kommunen zu zentralen Integrationsorten geworden, die staatliche Anerkennung und Förderung erfahren.

- Professionalisierung.

Engagierte und Willkommensinitiativen haben die Praxis der klassischen Integrationsdienstleister, allen voran die der Wohlfahrtsverbände und deren Einrichtungen, mitprägen können - sei es durch eine große Zahl von Menschen, die sich für die Geflüchteten engagieren wollten und den Weg zu den Wohlfahrtsverbänden gefunden haben, sei es durch die Übernahme und Professionalisierung von Unterstützungsformaten, die aus dem bürgerschaftlichen Engagement entwickelt worden sind oder durch Praxisformen in der Sozialen Arbeit und Gesundheitsförderung, die für freiwilliges Engagement offen sind. Oft wirken alle drei Faktoren zusammen und prägen ein sich neu professionalisierendes, auf Fluchtmigration spezialisiertes kommunales Handlungsfeld.

- Kommunales Integrationsmanagement als freiwillige Aufgabe der Kommunen.

Länder und der Bund haben früh damit begonnen, das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete überwiegend durch vielfältige Projektmittel zu unterstützen. Ein Überblick über die dabei geflossenen Mittel ist nur schwer möglich, da auch viele Organisationen und Vereine gefördert wurden, deren Bezug zum freiwilligen Engagement unbestimmt bleibt. Immerhin wies die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage (Drucksache 19/3784) einen Betrag von mehr als 100 Mio. € allein für das Jahr 2017 aus.

Einige Bundesländer – wie Baden-Württemberg – haben bereits 2015 Programme zur Förderung kommunaler Vernetzungsstrukturen in der Flüchtlingshilfe aufgelegt. Die Förderung von Patenschaften bildet einen weiteren Schwerpunkt in der staatlichen Engagementförderung, wobei besonders Begegnungs- und Dialogformate gestärkt worden sind. Die Geschichte der Transformation der Flüchtlingsarbeit vom vorwiegend freiwilligen Engagement hin zur Berufstätigkeit, von der selbstorganisierten Spontanhilfe hin zur Einbindung in die kommunale Flüchtlingspolitik, von unabhängigen Initiativen zu Teilen des Dienstleistungsangebots von privaten oder freigemeinnützigen Trägern ist weder zu Ende noch im Detail beschrieben. Gesetzliche Vorgaben und Garantien durch Landesintegrationsgesetze gibt es bislang nur in vier Bundesländern.

Gefordert ist ein kommunales Integrationsmanagement, definiert als „Organisation und Steuerung des Umgangs mit Migration und migrationsbedingter Vielfalt in einer Kommune“ (Schammann et al. 2020). Eine Übersicht über das Profil des kommunalen Integrationsmanagements und der Kompetenzverteilung im Rahmen der Migrations- und Integrationsverwaltung bietet ein von Jörg Bogumil geleitetes Forschungsprojekt (Bogumil u.a. 2024). Entstanden ist ein spannungsreiches Mehrebenensystem mit einem breit ausdifferenzierten Behördennetz (vom bamf bis zur lokalen Ausländerbehörde), Politikverflechtung zwischen Abwehr von Zuwanderung und einladender Integrationsausrichtung bei wachsender Relevanz der EU (etwa der „Massenzustroms-Richtlinie“ zum Schutz ukrainischer Schutzsuchender).

- Offenheit und hohe Engagementbereitschaft.

Die zahlreichen Initiativen und Projekte haben vor Ort eine ermutigende Offenheit und Integrationsbereitschaft praktisch sichtbar gemacht und gefördert, die der Resonanz des parallel von zahlreichen politischen Akteuren geführten Überforderungs- und Abwehrdiskurs Grenzen gesetzt hat. Auch wenn diese Offenheit sicherlich Grenzen hat, dürfte das bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete diese Grenzen zugunsten einer menschenrechtlich orientierten Asyl- und Flüchtlingspolitik verschoben und damit das Meinungsklima zu dieser Frage beeinflusst haben. In den Jahren seit 2015 ist praktisch sichtbar geworden, was diverse Einstellungsstudien bereits für die Jahre davor konstatiert hatten. Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten hat sich in der politischen Kultur Deutschlands der letzten Dekaden eine vergleichsweise große Offenheit für Zuwanderung und Vielfalt ausgebildet (More in Common 2017), die auch unter Stress in beachtlichem Umfang erhalten geblieben ist. Auch im Sommer 2018 ist die Unterstützung von Geflüchteten und die Akzeptanz von Vielfalt und der soziale Zusammenhalt groß (Gesemann et al. 2018). Es sind noch immer Mehrheiten, teilweise große Mehrheiten, die diese Offenheit unterstützen.

Das breite Engagement für die Versorgung und Integration der 2015/16 und erneut seit 2022 in großer Zahl eingewanderten Geflüchteten gehören zu Recht zu den „Sternstunden der deutschen Zivilgesellschaft“. Zumindest in den ersten beiden Jahren der Fluchtzuwanderung haben weitgehend freiwillig Engagierte das Diktum der Kanzlerin „Wir schaffen das!“ als Aufforderung angenommen, während bis dahin nur wenig öffentliche Vorsorge getroffen worden war. Mit der Erstversorgung und einer improvisierten Willkommenskultur war dieses Engagement für Geflüchtete nicht zu Ende, vielmehr widmet es sich seither vielfältigen, zum Teil längerfristigen Integrationsaufgaben (Sprachtandems, Bildungspatenschaften, Anpassung der beruflichen Qualifikationen etc.), unterstützt die Interessen der Geflüchteten bei Behördengängen und in Anerkennungsverfahren und fördert die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von Geflüchteten.

Dieser engagierten Unterstützung für Geflüchtete widmet sich der FWS 2019 mit einer auf die letzten fünf Jahre zurückblickenden Frage (ansonsten ist das letzte Jahr der übliche Zeithorizont bei der Engagementfrage). Trotz der Unsicherheiten, die mit solchen Erinnerungsaufforderungen verbunden sind, können die Ergebnisse beeindrucken: „Insgesamt, das heißt unabhängig von ihrem aktuellen Engagementstatus, haben sich 12,4 Prozent der Menschen ab 14 Jahren in Deutschland in der Zeit von 2014 bis 2019 für Geflüchtete oder Asylsuchende freiwillig engagiert“ (Simonson u. a. 2022: 213). Frauen (13,2 Prozent) haben sich stärker engagiert als Männer (11,5 Prozent), junge Menschen und Schüler*innen stärker als ältere Menschen, Menschen mit hoher Bildung mit knapp 20 Prozent deutlich stärker als Menschen mit niedriger Bildung (6,1 Prozent) (Simonson u. a. 2022: 215). Menschen mit Migrationshintergrund (10,3 Prozent) waren weniger engagiert als Personen ohne Migrationshintergrund (13,2 Prozent). Die am stärksten aktive Gruppe waren mit 15,1 Prozent jedoch Menschen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit, aber ohne eigene Zuwanderungserfahrung (Simonson u. a. 2022: 216). Die vom DZA präsentierten Zahlen für die 2019 Engagierten sind noch eindrucksvoller: „So geben von den aktuell Engagierten knapp ein Viertel an, dass sie in den vergangenen fünf Jahren für Geflüchtete tätig waren“ (Simonson u. a. 2022: 218).

- Ressourcenorientierung.

Was in Zeiten geringer Zuwanderung begonnen hatte, ist aktueller denn je. Kommunen sind integrationspolitisch immer dann am erfolgreichsten, wenn sie die neu Zugewanderten nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung sehen können.

Bereits in den letzten zwei Jahrzehnten war kommunal ein Rückgang der Problem- und Defizitsicht auf Migrantinnen und Migranten zugunsten einer Ressourcenorientierung zu beobachten. Dieser Trend war selbst unter den erschwerten Bedingungen verstärkter Fluchtmigration zu beobachten. Zahlreiche Kommunen binden aktuell ihre Integrationsarbeit in längerfristige Perspektiven der Stadt- und Dorfentwicklung ein und

sehen – besonders im ländlichen Raum – Zuwanderung als demografische Chance. Leitbilder wie Solidary City, Welcoming Community und Refugee City erfreuen sich einiger Resonanz und verdeutlichen, dass eine engagierte lokale Zivilgesellschaft die Chancen zu einer zukunftsfähigen Kommunalisierung der Immigrationspolitik fördert.

- Resilienz.

Das ungebundene, spontane Engagement kann beachtliche Ausmaße annehmen und – wie im Falle der Geflüchtetenhilfe – die organisierten Hilfsstrukturen zumindest phasenweise ersetzen und in den Schatten stellen. So ist trotz aller Fluktuationen in Deutschland seit 2014/15 ein mittelgroßer Engagementbereich mit eigenen Organisationsstrukturen entstanden, in dem laut Freiwilligensurvey 2019 etwa acht Prozent aller freiwillig Engagierten aktiv sind. Hier ist auch eine wesentliche Voraussetzung für die schnelle und umfangreiche Spontanhilfe für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach dem russischen Überfall zu sehen.

Das Tagungsprogramm, vor allem die Themen der Austauschforen signalisieren hohe Kompetenz in Sachen Integration: Mentor*innen, Spracherwerb, Sprachmittlung im freiwilligen Engagement aber auch: ohne Sprache kommunizieren, Berufsorientierung, Begegnungen, Sport, Zusammenarbeit Verwaltung/Zivilgesellschaft, mit Unterschiedlichkeit und Wertdifferenzen umgehen, eigene Grenzen erkennen. Gleichzeitig werden Grenzen reflektiert, denn bürgerschaftliches Engagement alleine reicht nicht aus, um eine lokale Willkommenskultur zu schaffen und zu erhalten.

- Freiwilligenagenturen als Impulsgeber und Ideenpool.

Eine im November 2022 von der lagfa durchgeführte explorative Kurzumfrage zur Rolle von Freiwilligenagenturen in Krisenlagen hat ergeben, dass 89 Prozent schon einmal in der Geflüchtetenhilfe aktiv waren. Meist sind sie das noch heute. Hilfs- und Integrationsangebote für Geflüchtete und Engagementbereite sind zu einem wichtigen Handlungsfeld kommunaler Engagementpolitik geworden.

- Migrantenorganisationen.

Die Debatte über Flucht und Migration wurde von Anbeginn von selbstorganisierten Initiativen von Geflüchteten und Zugewanderten begleitet. Nach anfänglichen Vorbehalten sind Migrantenorganisationen zu weithin anerkannten und öffentlich geförderten Impulsgebern und Treibern im Integrationsgeschehen geworden. Sie haben wesentlich zur „gleichen Augenhöhe“ in den Debatten über Migration und Integration beigetragen und eine kultursensible integrationspolitische Professionalisierung vorangebracht. Dies gilt nicht zuletzt für die ostdeutschen Bundesländer. Dort existieren zwar in absoluten Zahlen „sehr viel weniger Migrant*innenorganisationen. Im Verhältnis zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist die Zahl der Migrant*innenorganisationen allerdings auch in Ostdeutschland hoch und im Vergleich sogar deutlich höher als in den westdeutschen Flächenländern“ (Mualem/Friedrichs 2024: 6).

Ihr Fokus ist überwiegend die lokale Ebene. Stadt- und Kommunalverwaltungen sind heute die wichtigsten Kooperationspartner von Migrantenorganisationen, gleich dahinter kommen andere gemeinnützige Vereine/Verbände und andere Migrantenorganisationen (ebd.: 15). Fast alle Migrantenorganisationen „bieten in irgendeiner Form Aktivitäten oder Dienstleistungen an, die auch Nichtmitgliedern offenstehen. Der Austausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wurde in unserer Befragung als häufigster Schwerpunkt des Engagements genannt und beinahe alle Migrantenorganisationen pflegen regelmäßig Kooperationen mit externen Partner*innen“ (Mualem/Friedrichs 2024: 20).

Dabei fällt auf, dass die Migrantenorganisationen in Ostdeutschland deutlich diverser aufgestellt sind. „Anders als in Westdeutschland, wo sich durch die Präsenz von Einwander*innen aus den ehemaligen Anwerbeländern viele herkunftsspezifische Vereine etablierten, wurden in Ostdeutschland überwiegend herkunftsübergreifende Zusammenschlüsse gegründet. ... Relativ rasch kam es dadurch auch zu überregionalen Vernetzungen und ab dem Jahr 2000 zur Gründung von Landesverbänden der Migrant*innenorganisationen in allen ostdeutschen Flächenbundesländern“ (Glorius 2024: 14).

Engagementschwerpunkte der Migrantenorganisationen liegen „im sozialen Bereich, z. B. in der Kinder- und Jugendarbeit (45 %), im Bildungsbereich (42 %), in der Beratung (33 %) oder in der Unterstützung von Geflüchteten in Deutschland (36 %). Am häufigsten fördern sie jedoch den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (45 %)“ (Mualem/Friedrichs 2024: 8).

Zu den Herausforderungen gehört die Partnerschaft mit den kommunalen Behörden, die einerseits Migrantenorganisationen anerkennen, aber durch die Vergabe von Projektmitteln auch Abhängigkeiten schaffen. Vor allem die politische Teilhabe ist angesichts eines noch immer verweigerten Kommunalwahlrechts für Menschen aus Drittstaaten ist unentwickelt.

- Engagement für Schutzsuchende aus der Ukraine als weitere Lernfolie.

Die engagierte Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine nach dem Überfall Russlands konnte sich auf die bewährte integrationspolitische Praxis in den Kommunen stützen. Gleichzeitig sind neue Elemente hinzugekommen, wie die erstmalige Aktivierung der EU-Option „zeitweilige Aufnahme“, verbunden mit Freizügigkeit („Free Choice“) in der EU. Dies begünstigte spontane Erstaufnahmen durch Privatpersonen. „In den meisten europäischen Ländern wurden die Flüchtenden spontan von Gastgebern aufgenommen, die über schnell entstandene Internet-Vermittlungen in Kontakt kamen. Während die staatlichen Organe in Deutschland und anderen Ländern sehr langsam reagierten, entstand hier spontan eine neue digitale Professionalität. Europa nahm kooperativ und einvernehmlich über vier Millionen Ukrainer auf, ohne dass es zu den bitteren Auseinandersetzungen, Kontroversen und Inhumanitäten kam, die seit Jahren die Asylpolitik prägen (Thränhardt 2024: 7).

Dazu hat sicherlich auch die soziale Besserstellung der Geflüchteten aus der Ukraine durch den schnellen Zugang zum Bürgergeld beigetragen. Während in der öffentlichen Debatte diese „Privilegierung“ häufig kritisch bewertet wird, macht Dietrich Thranhardt auf die positiven Effekte der „zeitweiligen Aufnahme“ aufmerksam. Mit der Aussetzung der restriktiven Elemente des verfestigten Asylsystems (langjährige Unterbringung in Sammelunterkünften, Hürden bei der Arbeitsaufnahme etc.) wurde die lokale Ebene gestärkt und kreatives Engagement der Bürgerschaft freigesetzt. „Die europaweite rasche Aufnahme von vier Millionen Schutzsuchenden aus der Ukraine verlief sehr viel entspannter und effektiver als die Asylaufnahme, weil die Hilfsbereitschaft der Menschen sich entfalten konnte, ohne durch Lagerunterbringung und langwierige Aufnahmeprozesse eingeschränkt zu werden. Trotz der großen und überraschenden Aufnahmezahlen entstanden weit weniger Konflikte – sowohl innerhalb der europäischen Gesellschaften als auch zwischen den Ländern“ (Thranhardt 2024a: 36f.).

7. Zukunftsperspektiven: Ein Ausblick auf wünschbare Entwicklungen

Zwischen der vorgestellten, eher positiven Zwischenbilanz lokaler Integrationspolitik und den eingangs benannten aktuellen Herausforderungen besteht ein beunruhigendes Spannungsverhältnis. Wie ist es möglich, dass die lokalen Integrationsfortschritte in der „großen Politik“ fast vollständig ignoriert werden und die migrationspolitische Panikmache weit über das rechtspopulistische und rechtsextreme Milieu hinaus wegen wahlpolitischer Erfolgchancen bedient wird? Auf die Ursachenforschung wird hier verzichtet, aber einige „Gegengifte“ seien abschließend benannt:

- Verstärkte Vernetzung und Kooperation, Öffentlichkeit und Sichtbarkeit.

Trotz aller Mängel und Unzulänglichkeiten im Detail ist die lokale Integrationspolitik und ihre landespolitische Förderung eine Erfolgsgeschichte, die selbstbewusster im öffentlichen Raum vertreten werden sollte. Die „Land unter“- und „Staatsversagen“-Erzählungen verdienen breiten Widerspruch der integrationspolitisch Aktiven in Behörden, Organisationen, Initiativen und von engagierten Einzelpersonen. Dazu gehört auch die verstärkte Sichtbarkeit und selbstbewusste Einmischung von Migrant*innen und ihrer Initiativen zur Gesellschaftsgestaltung.

- Die demografische Perspektive stärken.

Alterung, Abwanderung und regionale Ungleichheiten bestimmen in vielen Regionen den Alltag. Ohne Zuwanderung droht der weitere Niedergang öffentlicher Infrastrukturen und die Ausbreitung eines „Wolfserwartungslands“. Die Rückkehr zu reaktionären Formen der Familienpolitik bietet keine wünschbare Zukunft („Thüringen-Paradox“).

- Kulturelle Öffnung des ländlichen Raums.

Ohne eine lokale Willkommenskultur haben besonders die ländlich geprägten Regionen Ostdeutschlands wenig Zukunftschancen. Es kann nicht darum gehen, mit dem Königssteiner Schlüssel Zugewanderte flächendeckend zu verteilen. Sie werden dort nur bleiben, wenn sie lokal willkommen und erwünscht sind. Nebenbei machen solche kulturellen Lockerungen die Regionen auch attraktiver für nachwachsende Generationen.

- Keine Angst vor ökonomischen Argumenten.

Auch wenn sich Nützlichkeitsargumente im Umgang mit Geflüchteten und Schutzsuchenden verbieten, ist es wichtig, auf drohende Wohlstandsverluste aufmerksam zu machen. Ohne Offenheit und die Zuwanderung von Fachkräften (MAGA-Abschottung) sind zusätzliche Einschnitte für eine exportorientierte Ökonomie unvermeidlich. Nicht nur zu Wahlzeiten sollten Unternehmen, Politik und Zivilgesellschaft auf die zuwanderungsbedingten Wohlstandsgewinne aufmerksam machen.

- Integrationspolitik als Lernfolie für ein zeitgemäßes politisches Handeln in Zeiten von Polykrisen und Transformationen.

Die Herausforderungen durch Flucht und Migration sind zu einem etablierten Handlungsfeld geworden. „Free Choice“ hat noch einmal zusätzliche Möglichkeiten aufgezeigt. Die krisenpolitischen Botschaften sind eindeutig: Es geht nur mit dem Engagement und der Beteiligung der Vielen. Politik und Verwaltung müssen sich öffnen, in Netzwerken über die institutionellen Hürden hinaus kooperieren und die kreativen Impulse aus der Zivilgesellschaft aufnehmen. Es sind just die gleichen Botschaften, die eine OECD-Studie zur Transformationspolitik in 22 Ländern vorgelegt hat (OECD 2023). Engagement, Beteiligung und eine lebendige Zivilgesellschaft sind Voraussetzung für staatliche Krisenkompetenz und stärken die demokratische Resilienz – ein Ratschlag, den die jüngst gescheiterte „Fortschrittskoalition“ leider nicht berücksichtigt hat.

- Für eine menschenrechtlich begründete starke und vielfältige Demokratie.

Angesichts des Aufschwungs rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte droht ein Verlust „realer Utopien“. Abwehrhaltungen verdrängen progressive Gestaltungsansprüche - Phantasie und Lust auf Neues droht verloren zu gehen. Diese Angststarre schwächt den Widerstand gegen Rückentwicklungen zusätzlich. Willkommensorte zum Beispiel sind eine „reale Utopie“, für die zu kämpfen sich angesichts einer Wende zur Unwillkommenskultur lohnt. Ihre Elemente sind im Engagement für Schutzsuchende alltäglich erfahrbar. Das gilt auch für eine vielfältige Demokratie, die allen Menschen vor Ort die Möglichkeit zur gleichberechtigten Beteiligung eröffnet (Wahlrecht eingeschlossen!). In Krisen werden Gestaltungspotentiale und Solidaritäten sichtbar, deren Stärkung auch unter „normalen“ Bedingungen zum Wohlbefinden beitragen können.

Literatur

André, Tim, Michael Behr, Udo Philippus, und Alexander Reuß. 2020: Das Thüringen-Paradox:Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft. ifo Dresden berichtet (27) 01: 17-24.

Bamf 2024: Migration, Integration, Asyl in Deutschland 2022. EMN-Bericht. Nürnberg: Bamf.

Bogumil, Jörg/Hafner, Jonas/Kastilan, André 2024: Kommunales Integrationsmanagement im Bundesländervergleich. In: Gesemann, Frank u.a. (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS.

Buch, Tanja et al. 2024: Zunehmende Fachkräfteengpässe – Warum sind ländliche Räume besonders betroffen? In: Wirtschaftsdienst (104) 5, 323-328.

Decker, Oliver u.a. (Hrsg.) 2024: Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag .

Deutscher Städtetag 2016: Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren. Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze. Deutscher Städtetag.

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) 2022: Stand for Ukraine. Eine Bevölkerungsbefragung zum Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine.

Fendel, Tanja/Ivanov, Boris 2024: Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Gute Arbeitsmarktintegration trotz bürokratischer Hürden. IAB-Kurzbericht 21/2024.

Gasch, Simone/Schneider, Hanne 2024: FluchtMigration in ländlichen Räumen. Paradoxien der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit. In: Werner, F. et al. (Hrsg.): Flucht, Raum, Forschung. Wiesbaden: Springer, 49-70.

Gesemann, Frank/Freudenberg, Lea 2024: Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Kommunen: Vom Krisenmodus zur Resilienz. Berlin. DESI/Mediendienst Integration.

Glorius, Birgit 2024: Migration, Integration und Teilhabe in ostdeutschen Kommunen. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

Leibert, Tim 2024: Demografischer Wandel und regionale Disparität: Herausforderungen für die Arbeitsmärkte. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

Martins, José Ricardo/Davino, Chiara 2023: Local Migration Governance in European Shrinking Areas: a German and an Italian Case. In: Journal of International Migration and Integration 24 (Suppl. 5), 5863-5888.

Mayer, Margit 2020: The rise of the „solidary city“: Multiple agencies and contested meanings. In R. Kreichauf & B. Glorius (Hrsg.), The City and Asylum - Theoretical approaches and empirical findings.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung LSA 2021: Integrationskonzept des Landes Sachsen-Anhalt 2020. Magdeburg: ms-sachsen-anhalt.de

More in Common 2017: Einstellungen gegenüber nationaler Identität, Einwanderung und Flüchtlingen in Deutschland. <https://www.moreincommon.de>

Muaem, Marie/Friedrichs, Nils 2024: Migrant*innenorganisationen in Deutschland und ihre Bedeutung auf kommunaler Ebene. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

OECD 2023: Government at a Glance 2023. Paris: OECD Publishing <https://doi.org/10.1787/3d5c5d31-en>
-dt. Zusammenfassung: Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2023

Roth, Roland 2024: Lokale Willkommenskulturen für ausländische Studierende. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

Schlee, Thorsten/Schammann, Hannes/Münch, Sybille 2024: An den Grenzen? Ausländerbehörden zwischen Anspruch und Alltag. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Schmidt, Kim/Harth, Nicole Syringa/von Harbou, Frederik 2024: Hierarchien der Solidarität. Interdisziplinäre Betrachtungen zur Ungleichbehandlung Geflüchteter aus Syrien und der Ukraine. In: Z'Flucht. Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung (8) 1, 5-37.

Schönwälder, Karen/Petermann, Sören 2024: Vielfalt aus Sicht der Bevölkerung: Eine alltägliche Normalität. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

Schultz, Susanne U. 2024: Fachkräfteengpässe und Zuwanderung aus Unternehmenssicht in Deutschland 2024: Die Bedarfe bleiben hoch. Policy Brief. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Stichs, Anja/Pfündel, Katrin 2023: Diskriminierungserfahrungen von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern. Wahrnehmungen in Bezug auf Alltagssituationen, die Benotung in der Schule, die Arbeits- und die Wohnungssuche (Forschungsbericht 48). Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://doi.org/10.48570/bamf.fz.fb.48.d.2023.mld2020.diskriminierung.1.0>

Thränhardt, Dietrich 2024: Integrationspolitik in Deutschland zwischen Markt, Plan und Engagement: Bund, Länder und Kommunen. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

Thränhardt, Dietrich 2024a: Chancen besser nutzen. Die Arbeitsintegration der Schutzsuchenden aus der Ukraine. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Wagner, Theresa/Schwenken, Helen 2024: Unterstützung von Geflüchteten: Engagementbiographien acht Jahre nach dem Höhepunkt der ‚Willkommenskultur‘. In: Gesellschaftliche Ungleichheiten und Partizipation, 76-87.

Walther, Claudia 2024: Kommunale Integrations- und Vielfaltspolitik: Erfahrungen aus der Begleitung von Kommunen. In: Gesemann, Frank et al.: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer.

Younso, Christin/Schammann, Hannes 2023: Wo ein Wille, da ein Weg? Migrationspolitik in ländlichen Räumen. In: Mehl, Peter et al. (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: Springer, 75-99.

Zajak, Sabrina/Gottschalk, I. (Hrsg.). (2018). Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete. Stuttgart: Nomos.

Die Landeskonferenz war eine gemeinsame Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA) Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis, der Stadt Halle (Saale), dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Sachsen-Anhalt mit freundlicher Unterstützung der Bertelsmann Stiftung.

In Kooperation mit



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

#moderndenken

Mit freundlicher Unterstützung der

| BertelsmannStiftung